

**HESSISCHER LANDTAG**

02.11.2007

*Dem  
Haushaltsausschuss  
überwiesen***Änderungsantrag****der Fraktion der SPD****zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über  
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das  
Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)****Drucksache 16/7746**Einzelplan **08**    **Hessisches Sozialministerium**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel        06                      Freiwillige Transferleistungen  
Buchungskreis: 2799

Produktnummer lt. Leistungsplan    38 (neu)

Bezeichnung lt. Leistungsplan        Hessisches Sozialbudget

	von	Veränderung um	auf
<b><u>Leistungsplan:</u></b>			
Menge (Anzahl der Maßnahmen)		+6	6
<b>Beträge in 1.000 EUR</b>			
Gesamtkosten		+35.000,0	35.000,0

**Sonstige Veränderungen:**

Produktblatt zu Förderprodukt Nr. 37: Hessisches Sozialbudget

- 1.) Hessisches Sozialministerium
- 2.) Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz
- 3.) Sozialberichterstattung, Erstellung eines hessischen Armuts- und Reichtumsberichts, Zuschüsse an kommunale und freie Träger für Betriebs- und Personalkosten zum Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur in Hessen, Mitfinanzierung von Beratungsleistungen und Präventionsmaßnahmen für alle Bevölkerungsgruppen, Programme für Geschlechtergerechtigkeit, Modellprojekte zur Verbesserung der sozialen Versorgung in Hessen und Projekte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- 4.) Fachziel Nr. 5
- 5.) Personen in gefährdeten Lagen; Öffentlichkeit
- 6.) Anzahl der Maßnahmen: 6
- 10.3) Verringerung der Anzahl der Personen in gefährdeten Lagen
- 10.4) Durchschnittliche Verwaltungskosten pro Bewilligung (100 €)

**Der Wirtschaftsplan, das zugehörige Produktblatt und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.****Begründung des Änderungsantrags:**

Hessen braucht wieder eine gestaltende Sozialpolitik. Durch die Operation „düstere Zukunft“ sind Strukturen zerschlagen und Hilfsangebote abgebaut worden. Sozialverbände und Kommunen sind mit „Reparaturbetrieb“ vollauf beschäftigt. Prävention fällt hinten runter. Hier muss das Land einspringen und präventive Angebote initiieren. Außerdem sind Modellprojekte für besonders gefährdete Stadtteile notwendig. Gerade hier sind die negativen Auswirkungen der Operation „düstere Zukunft“ besonders gravierend. Im Jahre 2003 wurden 30 Millionen € gestrichen. Fünf Jahre später ist es angemessen, diesen Betrag um 5 Mio. € auf 35 Mio. € zu erhöhen.

Wiesbaden, 2.11.2007

Für die Fraktion der SPD  
Die Fraktionsvorsitzende  
**Andrea Ypsilanti**